

Unternehmensverbände
Berlin-Brandenburg



WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS 2026

**Wachstumsstark.
Widerstandsfähig.
Sicher.**

UNSERE AGENDA FÜR EIN DYNAMISCHES BERLIN.



UNSERE AGENDA FÜR EIN DYNAMISCHES BERLIN.

1

Wachstum first:
Den Wirtschaftsstandort priorisieren

2

Investitionen in Innovationen:
Forschung und Wissenstransfer intensivieren

3

Wissen ist Macht:
Starkes Bildungssystem etablieren

4

Arbeit:
Fit werden für die Herausforderungen von morgen

5

Leben:
Mehr Wohnraum ist machbar

6

Digitale Souveränität:
Sicherheit für Staat und Mittelstand

7

Neue Märkte:
weniger Abhängigkeit, größere Chancen

8

Stabile Infrastruktur:
Ausbau und verlässlicher Schutz kritischer Netze

9

Strategische Allianz:
Berlin und Brandenburg als starkes Team

10

Energiesysteme:
Gemeinsam unabhängig und klimafreundlich werden



Stefan Moschko,
UVB-Präsident,
Alexander Schirp,
UVB-Hauptgeschäftsführer (li.)

BERLINER ABGEORDNETENHAUS-WAHL 2026:

Wachstumsstark. Widerstandsfähig. Sicher. Unsere Agenda für ein dynamisches Berlin.

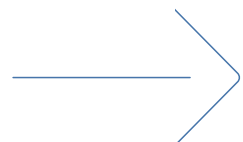
Berlins Unternehmen brauchen eine Wirtschaftspolitik, die auf Dynamik, Stärke und Sicherheit setzt. Unsicherheit durch geopolitische Verwerfungen und hybride Bedrohungen bedeuten für die Betriebe große Herausforderungen. Hinzu kommt die anspruchsvolle Transformation von Geschäftsmodellen. Die Antwort muss eine Politik der klaren und wachstumsfreundlichen Rahmenbedingungen sein. Handwerker und Mittelständler müssen ebenso wie internationale Konzerne das Vertrauen in unternehmerisches Handeln, in marktwirtschaftliche Lösungen und in den funktionierenden Wettbewerb in der Hauptstadt spüren. Das stärkt auch die Resilienz gegenüber zunehmenden Bedrohungen.

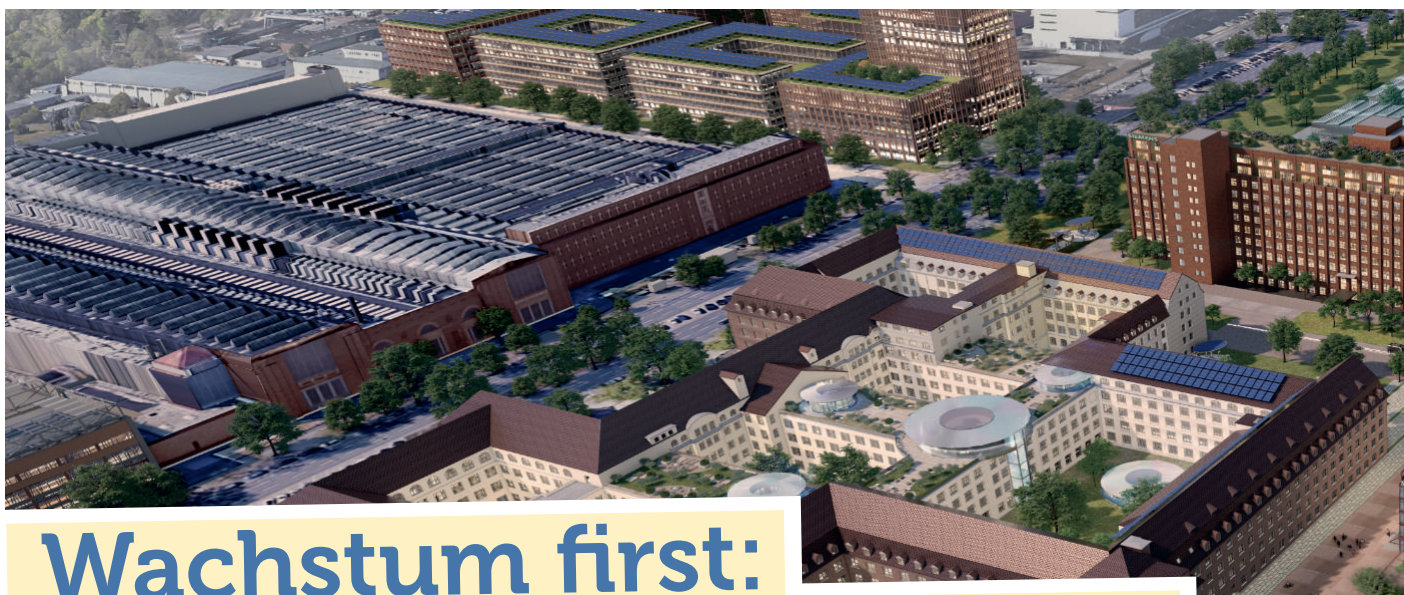
Berlin ist eine Metropole mit internationaler Ausstrahlung und hoher Lebensqualität, geprägt von innovativen Unternehmen und einer starken Wissenschaftslandschaft. Die Wirtschaft in der Hauptstadt und darüber hinaus entwickelt sich seit vielen Jahren dynamischer als im Rest Deutschlands. Damit ist sie das Rückgrat des Gemeinwesens. Doch erfolgreiche Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen und Steuereinnahmen sichern, sind keine Selbstverständlichkeit.

Wir, die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), setzen deshalb auf eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitgliedsbranchen und -unternehmen sichert. Das bedeutet eine Stärkung

des Unternehmertums, eine gute Grundlage für Gründungen, leistungsfähige, moderne Verwaltungen und Bildungsinstitutionen, eine zeitgemäße Infrastruktur und den Verzicht auf unnötige Abgaben und Staatseingriffe. Untrennbar damit verbunden sind auch gesunde öffentliche Finanzen mit genügend Spielraum für Investitionen und Verbindlichkeiten, die spätere Generationen nicht übermäßig belasten. Wir sind sicher: Wirtschaft und Politik haben es in der Hand, Wachstum und Wohlstand gemeinsam zu sichern.

**Die Wirtschaft ist das Rückgrat
des Gemeinwesens. Doch erfolgreiche
Betriebe sind keine Selbstverständlichkeit.**





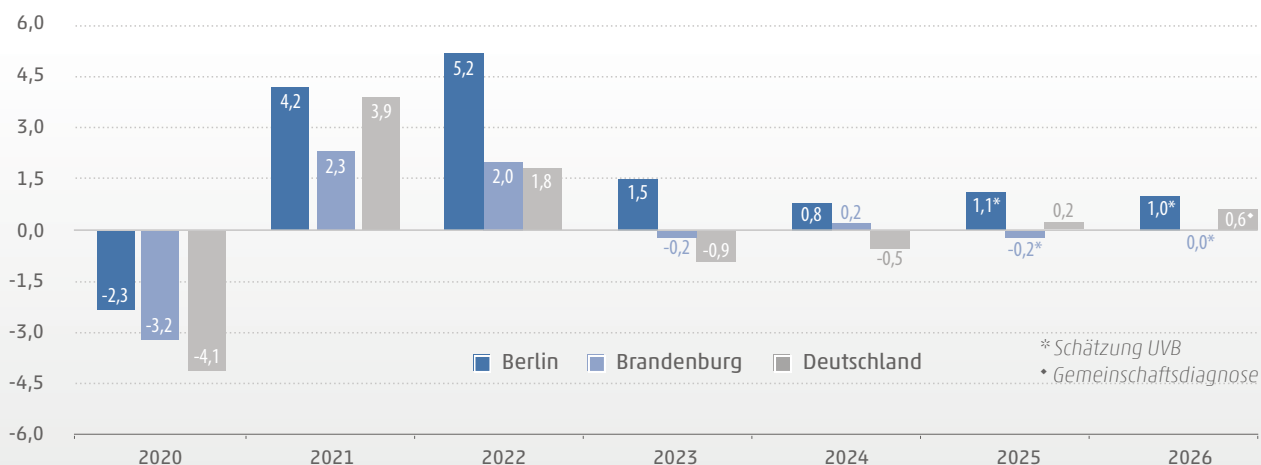
Wachstum first: Den Wirtschaftsstandort priorisieren

Ein dauerhaft starkes Wirtschaftswachstum ist die Basis für staatliche Handlungsfähigkeit in allen Bereichen. Erfolgreiche Unternehmen schaffen die Grundlage für Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stabilität und Steuereinnahmen.

Nur mit genügend finanziellem Spielraum kann sich Berlin um Investitionen in die Infrastruktur und in die eigene Sicherheit kümmern. Die Qualität des Standorts muss daher in den Fokus der Politik rücken. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu steigern. Denn Berlin konkurriert mit anderen Metropolen in Europa und weltweit um hochwertige Investitionen und zukunftssichere Arbeitsplätze. Zugleich sind das weltwirtschaftliche Klima und der Wettbewerb für die Berliner Unternehmen deutlich herausfordernder geworden.

Bruttoinlandsprodukt

preisbereinigt, verkettet/vorläufige Ergebnisse nach Bundesländern (Wirtschaftswachstum)





Das fordern wir:

Keine unnötigen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft: Eine Ausbildungsplatzabgabe würde für die Betriebe übermäßige Kosten und den Aufbau einer neuen Bürokratie bedeuten. Dabei löst sie kein einziges Problem auf dem Ausbildungsmarkt.

Einen Rückbau bürokratischer Hürden: Neue Gesetzesvorhaben müssen kostenneutral sein. Führen sie zu zusätzlichen Belastungen, muss es an anderer Stelle finanzielle Kompensationen geben (One in/One out-Regelung). Zudem müssen neue Regelwerke digital umsetzbar sein. Ein Normenkontrollrat auf Landesebene prüft alle Vorhaben auf ihre Auswirkungen in der Praxis und auf ihre Belastungswirkung.

Mehr Tempo bei der Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung: Die Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken müssen schnell und klar umgesetzt werden. Alle Kontakte zwischen Unternehmen und Behörden müssen auf digitalem Weg ermöglicht werden. Neue Ämter und Zuständigkeiten der Verwaltung, etwa für den Wohnungsmarkt oder Ausbildungsstellenmarkt, lehnen wir ab.

Beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren: Nötig sind verbindliche Fristen, Vorantragskonferenzen, ein Track&Trace-System wie in Hamburg und das Instrument der Genehmigungsfiktion. Ämter und Behörden sollen Projekte und Investitionen ermöglichen, statt sie zu verhindern.

Die Weiterentwicklung hin zu einem Tourismus 2.0 in Berlin: Es braucht eine abgestimmte Planung und Akquisition von großen Messen, Kongressen, Kultur- und Sportveranstaltungen, aktiv unterstützt durch das Berlin Event Board. Die City-Tax sollte zumindest teilweise für besondere touristische Projekte verwendet werden.

Die Bündelung aller Kräfte in der Stadtgesellschaft für eine **Bewerbung um die Olympischen Spiele**. Es braucht ein Konzept, das die sportlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Chancen für die Hauptstadt und ganz Ostdeutschland zeigt.



Investitionen in Innovationen: Forschung und Wissenstransfer intensivieren

Forschungsstarke Unternehmen können sich besser im Wettbewerb behaupten und sind anpassungsfähiger. Berlin muss die breite wissenschaftliche Exzellenz der Hochschulen und Forschungsinstitute schneller in marktfähige Lösungen übersetzen.

Dazu muss es eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geben, mit großen Unternehmen ebenso wie mit Start-ups. Einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg zufolge könnte die Wirtschaftsleistung in der Hauptstadtregion um einen zweistelligen Milliardenbetrag wachsen, würden zukunftssträchtige Wachstumsbranchen gezielt ausgebaut und die Zahl der Beschäftigten deutlich erhöht.

46

Milliarden Euro

Die Wirtschaftskraft der Hauptstadtregion könnte deutlich zulegen, würden mehr Ingenieure, IT-Fachkräfte und Wissenschaftler hier arbeiten.

Quelle: „Transformation gemeinsam gestalten: Zehn Missionen für die Zukunft der Hauptstadtregion“ (IW Consult)



Das fordern wir:

Chancen für Zukunftsbranchen: Innovative Cluster und Branchen mit viel Zukunftspotenzial wie Space Tech, Digitale Produktion, Kreislaufwirtschaft, Life Sciences oder DefenceTech müssen stärker ausgebaut werden.

Die Stärkung des Defense-Tech-Ökosystems: Etablierte Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen arbeiten eng im in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung zusammen. Um hier noch bessere Ergebnisse zu erreichen, muss die für Hochschulen geltende Zivilklausel abgeschafft werden. Zudem muss sich das Land beim Bund für den Aufbau eines TechHUB SVI Ost als Plattform für sicherheits- und verteidigungsrelevante Innovationen einsetzen.

Mehr Rückenwind für Start-ups und Scale-ups: Berlin muss seinen Vorsprung gegenüber anderen Start-up-Standorten halten und möglichst ausbauen. Das gilt vor allem für bessere Rahmenbedingungen zur Bereitstellung von Risikokapital.

Weniger Abhängigkeiten: Bei Schlüsseltechnologien, insbesondere bei Künstlicher Intelligenz, Halbleitern und Medizintechnik, müssen Berlin und Ostdeutschland souveräner werden gegenüber dem Ausland.



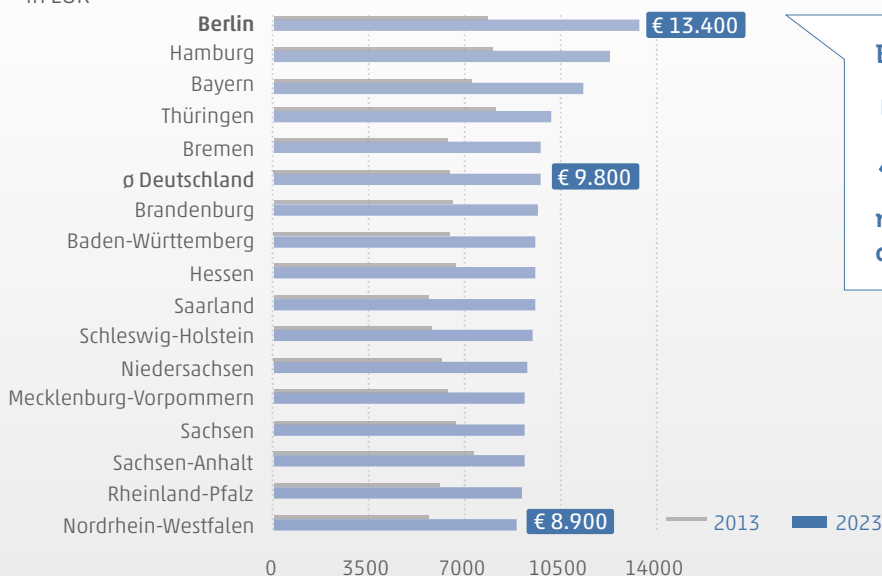
Wissen ist Macht: Starkes Bildungssystem etablieren

Das Bildungssystem muss hochwertig und innovativ sein und Aufstiegschancen bieten. Dazu gilt es, alle Potenziale zu nutzen und alle Talente zu fördern.

Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Fachkräftesicherung wichtig, um die Stadt und die Unternehmen zukunftssicher aufzustellen. An den finanziellen Mitteln mangelt es in Berlin nicht: Das Land gibt bundesweit pro Schüler am meisten Geld aus. Die Ergebnisse sind allerdings noch nicht spitze. Im Gegenzug darf bei der Bildung – trotz aller Dringlichkeit der Haushaltskonsolidierung – nicht gespart werden.

Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler

in EUR



Berlin gibt

36 %

mehr je Schüler aus als
der Bundesdurchschnitt

Quelle: © Statistisches Bundesamt (Destatis), 2026, Grafik UVB



Das fordern wir:

Eine höhere Bildungsqualität: Die Defizite von Schülerinnen und Schülern im Spracherwerb und in den Kernfächern müssen systematisch erfasst und behoben werden. Auch MINT-Inhalte sollten eine wichtigere Rolle in den Lehrplänen spielen.

Systematische Übergänge in der Bildungskette, etwa durch eine frühe und verbindliche Berufsorientierung. Junge Menschen brauchen eine durchgehende Förderung der Schlüsselkompetenzen, damit sie bereit sind für die Herausforderungen der Arbeitswelt.

Abschlüsse für alle: Kein junger Mensch darf die Schule ohne einen Abschluss oder einen zukunftsorientierten Anschluss verlassen. Neben besseren Lernangeboten und praxisnaher Berufsorientierung sind individuelle Coachingangebote nötig.

Den Verzicht auf die geplante Ausbildungsplatzabgabe. Sie löst nicht die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt, erzeugt teure und unnötige Bürokratie, zerstört Vertrauen und ist teuer.

Mehr Geld: Die berufliche Bildung braucht höhere Investitionen in den Berufsschulen. Ein Azubiwerk wertet die duale Ausbildung auf, ebenso ein bezahlbares Azubiticket.

Maßnahmen, die den Lehrberuf und die Lehrkräfte-Ausbildung für Studentinnen und Studenten attraktiver machen. Dazu gehören auch duale Lehramts-Studiengänge.



Arbeit: Fit werden für die Herausforderungen von morgen

Wirtschafts- und Arbeitswelt erleben eine intensive Transformation. Die Unternehmen brauchen Arbeitskräfte, die den Anforderungen von morgen und übermorgen gerecht werden.

Deshalb müssen wir die Talente der Arbeitskräfte in der Hauptstadtregion besser fördern. Zugleich geht es darum, gezielt Arbeitskräfte aus dem Ausland zu uns zu holen. Die Integration gehört dabei ebenso unverzichtbar zur Fachkräftesicherung wie eine Bildungspolitik, die auf mehr Qualität ausgerichtet ist.

Fachkräftemangel nimmt zu

Prognose des Bedarfs und des Angebotes an Arbeitskräften nach Qualifikationsniveau

2025	Helfer	Fachkräfte	Spezialisten	Experten
Angebot	487	769	428	406
Bedarf	251	1.049	338	562

2035	Helfer	Fachkräfte	Spezialisten	Experten
Angebot	514	709	416	417
Bedarf	233	1.028	342	593

Quelle: QuBe-Projekt, 8. Welle



Das fordern wir:

Eine Fachkräftestrategie, die auf messbare Größen ausgerichtet ist. Die Politik muss die Unternehmen hier bestmöglich unterstützen. Das Ziel ist es, bei den Erwerbstätigen so viele Potenziale wie möglich zu heben.

Eine gezielte Förderung von Weiterbildung: Ein landesweites Förderinstrument für berufliche Weiterbildung, orientiert etwa an der Weiterbildungsrichtlinie in Brandenburg, kann Beschäftigte und Unternehmen bei der Transformation der Arbeitswelt unterstützen.

Mehr Unterstützung durch die Hochschulen und Universitäten. Sie sind für die Ausbildung hochqualifizierter Führungskräfte ebenso unverzichtbar wie bei der akademischen und betrieblichen Weiterbildung.

Den Verzicht auf Mindestlohnregelungen, die speziell auf Berlin zugeschnitten sind. Solche zusätzlichen Bestimmungen schaffen Bürokratie und bremsen den Wettbewerb.

Eine Zuwanderungspolitik, die sich an den Engpässen auf dem Arbeitsmarkt in der Hauptstadtregion orientiert und die mit Brandenburg abgestimmt ist. Qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland müssen schnell und unbürokratisch hier aktiv werden dürfen.



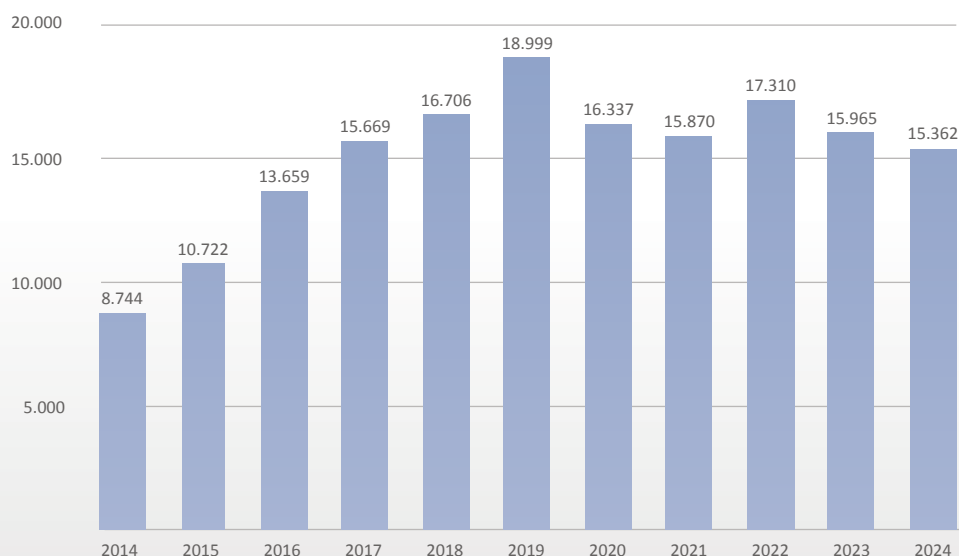
Leben: Mehr Wohnraum ist machbar

In Berlin fehlen zehntausende Wohnungen. Doch der Neubau wird ausgebremst durch langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, Flächenknappheit und die Diskussion über die Enteignung von Immobilienkonzernen.

Damit Berlin attraktiv und wirtschaftlich stark bleibt, braucht es eine Flächenpolitik, die Wohnen und Arbeiten zusammendenkt, Gewerbe sichert und Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar beschleunigt. Geht die Politik konsequent diesen Weg und nutzt alle Potenziale, die sich in der Hauptstadt bieten, ist der Bau von 100.000 zusätzlichen Wohnungen binnen zehn Jahren möglich.

Neubau: Die Stadt bleibt unter ihren Möglichkeiten

Zahl fertiggestellt gemeldeter Wohnungen erneut gesunken



Quelle: www.statistik-berlin-brandenburg.de



Das fordern wir:

Eine Absage an Enteignungen und die Vergesellschaftung von Wohnungen. Damit würde kein einziger Quadratmeter neuer Wohnraum geschaffen. Der Schaden für den Standort Berlin ist schon jetzt immens. Allein die Debatte schreckt private Projektentwickler ab.

Deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren: Viele Potenziale stecken im ‚Schneller-Bauen-Gesetz‘ und im ‚Einfach-Bauen-Berlin-Gesetz‘. Die Verwaltung muss sie konsequenter nutzen. Die Wirkung der neuen Regelungen muss regelmäßig evaluiert werden.

Einfachere Baustandards: Mit dem Gebäudetyp E steht ein wichtiges Instrument für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung. Wird er stärker genutzt, lassen sich damit niedrigere Baukosten und schnellere Verfahren rechtssicher umsetzen.

Den verstärkten Einsatz von seriellem Bauen und die lückenlose Digitalisierung der Bauprozesse, der Bauantragsprozesse und Genehmigungsverfahren. Damit sinken die Kosten im Wohnungsbau. Dazu müssen die nötigen Kompetenzen in den Ämtern aufgebaut werden.

Berlin muss mit einem **BIM-Zentrum** seine Kompetenzen im Bereich Building Information Modeling stärken und so digitales Planen und Bauen beschleunigen.

Eine Reform des Vergabegesetzes: Es muss auf seinen Kern, die wirtschaftliche Beschaffung, reduziert werden. Die Wertgrenzen müssen mit denen Brandenburgs synchronisiert werden. Ein gesonderter Berliner Vergabemindestlohn ist angesichts des steigenden bundesweiten Mindestlohns überflüssig.

Ein praxistaugliches Artenschutzrecht mit klaren Fristen für Stellungnahmen und artenschutzrechtliche Prüfungen. Darin muss geklärt werden, wann der Senat zuständig ist und wann die Bezirke. Zudem müssen Ausgleichsmaßnahmen standardisiert werden, wenn geschützte Tierarten umgesetzt werden.

6

Digitale Souveränität: Sicherheit für Staat und Mittelstand

In einer digitalisierten Welt ist Cybersicherheit zu einem der wichtigsten Standortfaktoren geworden.

Nur wer in der digitalen Welt handlungsfähig und souverän ist, kann sein Geschäftsmodell und seinen wirtschaftlichen Erfolg sichern und ausbauen. Berlin muss auch im Interesse von Wirtschaft und Arbeitsplätzen zur sichersten Digital-Metropole Europas werden, um Cyberkriminalität, Industriespionage und Sabotageangriffe aus dem In- und Ausland abzuwehren. Dieses ist eine Daueraufgabe.

Cybercrime dominiert die aktuelle Bedrohungslage UVB-Verbändeumfrage März 2026



Das fordern wir:

Zusätzliche Investitionen in die IT-Sicherheit der Verwaltung mit einer einheitlichen und medienbruchfreien Behörden-IT im Zuge der Verwaltungsreform. Zudem muss die digitale Grund-sicherung z.B. durch die verpflichtende Multi-Faktor-Authentifizierung, Netzsegmentierung und regelmäßige Sicherheitsupdates gestärkt werden.

Eine Verankerung des Themas Cybersicherheit als Führungsaufgabe. Nötig sind klare Verantwortlichkeiten in Behörden und Unternehmen, verbindliche Sicherheitsziele und eine regelmäßige Berichterstattung über die Lage sowie über aktuelle Bedrohungen.

Ein professionelles Krisen- und Notfallmanagement. Das funktioniert nur mit regelmäßigen Übungen, klaren Meldewegen und abgestimmten Kommunikationsstrukturen für den Ernstfall.

Gezielte Programme für den Mittelstand, die die technologische Souveränität der Unternehmen sichern und sie widerstandsfähiger machen.

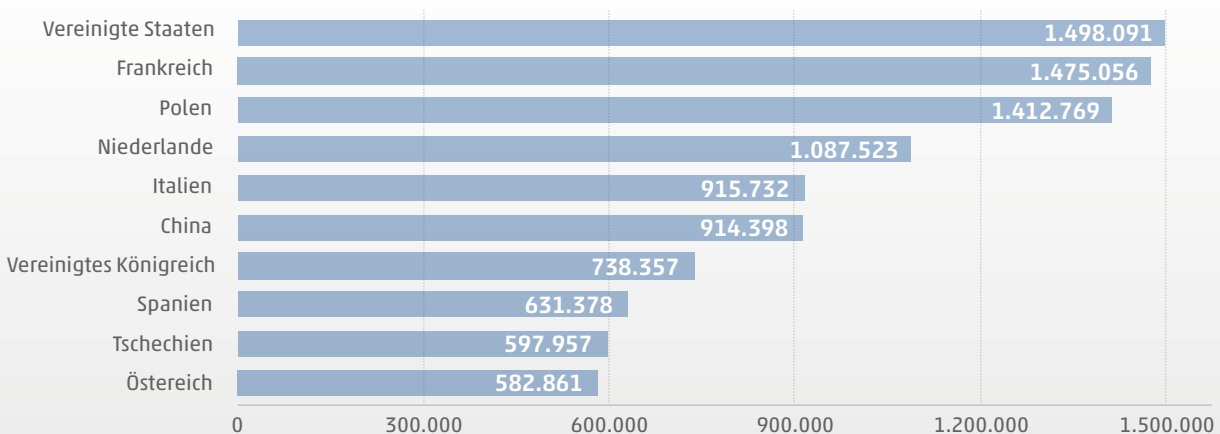
Stärkere öffentlich-private Kooperationen. Zwischen der Wirtschaft, den Sicherheitsbehörden und den Stellen für die Cyber-Sicherheit muss es eine enge Verzahnung geben.

Neue Märkte: weniger Abhängigkeit, größere Chancen

Berlin verfügt über eine starke Exportwirtschaft. Die unkalkulierbare Handelspolitik wichtiger Partner stellt aber ein erhebliches Risiko dar.

Geopolitische Resilienz bedeutet in diesem Zusammenhang, handlungsfähig zu bleiben und die eigene Position zu sichern. Die Hauptstadt muss den Unternehmen helfen, ihre außenwirtschaftliche Basis zu verbreitern und neue Absatzmärkte zu erschließen, um weniger verwundbar durch neue Zölle oder zusätzliche Handelsbarrieren zu sein.

Wichtigste Ausfuhrländer Berlins 2025



Quelle: statistik-berlin-brandenburg.de

Das fordern wir:

Eine proaktive Außenwirtschaftsförderung, die die Berliner Unternehmen gezielt bei der Erschließung neuer Absatzmärkte (etwa in Afrika, Südostasien oder Südamerika) unterstützt.

Rückenwind bei der Diversifizierung wichtiger Lieferketten, damit die arbeitsteilige Produktion nicht durch unvorhersehbare geopolitische Ereignisse in Gefahr gerät.

Wissens- und Technologietransfer mit dem Schwerpunkt hochspezialisierter Produkte, etwa im Hightech-Bereich. Je begehrt Erzeugnisse aus Berlin sind, desto weniger können sich andere Länder leisten, auf sie zu verzichten. Das fördert die Stabilität im internationalen Handel.

8 Stabile Infrastruktur: Ausbau und verlässlicher Schutz kritischer Netze

Unsere Energie- und Verkehrsnetze sind anfällig für externe Eingriffe und Sabotage. Das ist eine reale Gefahr für den Wirtschaftsstandort und damit für Wohlstand und Arbeitsplätze in Berlin.

Eine freie Gesellschaft braucht geschützte Lebensadern, um Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stabilität und Krisenfestigkeit dauerhaft zu gewährleisten. Hier hat es in der Vergangenheit an der notwendigen Sensibilität und an Investitionen rund um das Thema Sicherheit gefehlt.

Das fordern wir:

Eine gemeinsame KRITIS-Strategie für die Hauptstadtregion mit abgestimmten Standards, Risikoanalysen und Schutzkonzepten. Das Ziel muss es sein, die kritischen Infrastrukturen physisch und digital besser zu schützen. Mit zusätzlichen Redundanzen lassen sich Ausfälle besser auffangen.

Ein gemeinsames Cyber-Lagezentrum für Berlin und Brandenburg, das die Online-Sicherheit beobachtet und Vorsorge trifft. Außerdem braucht es einheitliche Mindeststandards für Cybersicherheit in KRITIS-Einrichtungen.

Beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren für Energie-, Wasser-, Verkehrs- und Digitalnetze, um notwendige Ausbauten schneller umzusetzen.

Die stärkere Einbindung der Wirtschaft, insbesondere der Sicherheitsbranche, in Planung, Prävention und Krisenvorsorge, einschließlich klarer Priorisierungsregeln im Ernstfall.

Die Überarbeitung der für die Infrastruktur einschlägigen Transparenz-Richtlinien. Sensible Informationen über Netze müssen nicht per se öffentlich zugänglich sein.

Die Einbeziehung privater und institutioneller Investoren bei Investitionsprojekten. Nur dann wird es möglich sein, nötige Vorhaben rasch und umfassend auf den Weg zu bringen.

Strategische Allianz: Berlin und Brandenburg als starkes Team

9

Berlin und Brandenburg sind ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Doch die Grenze zwischen den Bundesländern erschwert das Handeln vieler Unternehmen.

Die Zusammenarbeit funktioniert auf vielen Feldern. Berlin und Brandenburg haben einen Strategischen Gesamtrahmen mit mehr als 50 gemeinsamen Vorhaben beschlossen – doch in zentralen Zukunftsfeldern wie Wohnen, Verkehr, Wirtschaft, Klima und Verwaltung könnte die Zusammenarbeit noch enger sein.

Das fordern wir:

Eine **gemeinsame Wohnungs- und Siedlungsstrategie** beider Länder entlang der Verkehrsachsen, um Wohnraumengpässe zu entschärfen und Bauland effizient zu nutzen.

Eine **zwischen Berlin und Brandenburg abgestimmte Flächenpolitik**, die Gewerbe-, Industrie- und Wohnbedarfe regional koordiniert. Die Planungs- und Förderinstrumente von Berlin und Brandenburg sollten harmonisiert werden.

Den beschleunigten Ausbau der Schienen-Infrastruktur mit abgestimmten Takten und mehr Kapazitäten. Die längst beschlossenen i2030-Projekte müssen schneller vorankommen und deutlich vor 2035 fertig gestellt werden.

Eine **bessere Vernetzung des Flughafens BER**. Berlin und Brandenburg müssen stärker auf den Gesellschafter Bund einwirken, zusätzliche Landstreckenverbindungen an den BER zu holen.

Eine **gemeinsame Wirtschafts- und Innovationsstrategie**, um Schlüsselbranchen, Forschung und Industrieansiedlungen in der Region zu stärken.

Eine **koordinierte Klima- und Wasserpolitik**. Es bedarf einer gemeinsamen Strategie, die Wasserverfügbarkeit, Verbrauch, Klimarisiken und Prioritäten für Haushalte, Wirtschaft und Ökosysteme gemeinsam definiert.

Die **Harmonisierung von Verwaltungs- und Digitalstandards**, um Genehmigungen, Daten und Verfahren länderübergreifend zu beschleunigen und zu vereinfachen.



Energiesysteme: Gemeinsam unabhängig und klimafreundlich werden

Die Verfügbarkeit und die Preise von Energie sind entscheidende Standortfaktoren für Unternehmen in der Hauptstadtregion.

Berlin und Brandenburg sind energiepolitisch eng miteinander verwoben. Deshalb müssen sie abgestimmt agieren, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Zukunftsfähigkeit zu garantieren. Zudem ist es wichtig, die schon bestehenden Vorteile der Region in Sachen Klimaschutz und erneuerbare Energien zu sichern und zu stärken.

Das fordern wir:

Den gezielten Ausbau von Erzeugungskapazitäten in der Stadt: Berlin muss Gebäude als Energieflächen stärker nutzen, den Ausbau der Solarenergie weiter vereinfachen, Geothermie und Abwärme erschließen und in das Wärmenetz integrieren.

Mehr Abstimmung zwischen Berlin und Brandenburg: Berlin hat viel Potenzial bei Dächern, Fassaden, Quartierlösungen und Abwärmenutzung. Brandenburg dagegen ist bei Wind- und Solarparks, Speichern und grünen Industrieclustern im Vorteil. Beide Länder müssen ihre Energiepartnerschaft ausbauen und ihre jeweiligen Stärken deutlicher ausbauen.

Zusätzliche Resilienz für Energiesysteme: Für mehr Kapazität und Sicherheit braucht es mehr Redundanzen bei Leitungswegen, zusätzliche Notfallreserven und eine Förderung von städtischen Speicherlösungen.

Mehr Offenheit: Für die nötigen Investitionen in die Energie-Infrastruktur sind sowohl öffentliches wie auch privates Kapital nötig. Hier sollte die Politik den Mut haben, neue Partnerschaften einzugehen.

Was Berlin braucht:

1. Mehr Vertrauen in die Marktwirtschaft

Berlins Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer Auflagen und Abgaben. Wachstum entsteht durch unternehmerische Initiative und Ideen, nicht durch staatliche Detailsteuerung.

2. Investitionen ermöglichen, Tempo erhöhen

Berlin muss schneller, digitaler und verlässlicher werden, damit Investitionen überhaupt stattfinden. Zu langsame Verfahren, zu viel Bürokratie und unklare Zuständigkeiten bremsen den Standort aus.

3. Sicherheit schaffen – Resilienz der Wirtschaft stärken

In einer unsicheren Welt braucht Berlin widerstandsfähige Unternehmen: durch sichere Infrastrukturen, eine stabile Energieversorgung, durch neue Handelspartner und mehr Unabhängigkeit bei Schlüsseltechnologien.

Herausgeber: Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB) - Am Schillertheater 2, 10625 Berlin, Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp, www.uvb-online.de

Redaktion: Carsten Brönstrup

Bildnachweis: Titel frank peters - stock.adobe.com, S. 2 Landesarchiv Berlin/Thomas Platow, S. 4/5 Siemens AG, S.6/7 pixabay, S. 8/9 KI, S10/11, S.10/11 iStock/Smederevac, S.12/13 elxeneize - stock.adobe.com, S. 18 losevskyphoto - stock.adobe.com

© 2026: Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Herausgebers sind die Aufnahme in Datenbanken, der Nachdruck und die Vervielfältigung der vorliegenden Broschüre oder von Teilen daraus nicht gestattet.

Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der Region. Ihm gehören rund 60 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aus Industrie, Handel, Versicherungs- und Dienstleistungsbranchen sowie des Handwerks in Berlin und Brandenburg an. Zu den weiteren Mitgliedern zählen bundesweit tätige Verbände ohne regionale Gliederung, die aber zur Vertretung ihrer hier ansässigen Mitgliedsunternehmen in der regionalen Spitzenorganisation mitwirken. Die UVB ist gleichzeitig Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und nimmt die Aufgaben der Landesvertretung Berlin und Brandenburg des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) wahr.

UVB Hauptgeschäftsstelle

Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Telefon: (030) 31 00 5-0
Internet: www.uvb-online.de
E-Mail: uvb@uvb-online.de

UVB Bezirksgeschäftsstelle Potsdam

Schlaatzweg 1
14473 Potsdam
Ansprechpartner: Daniel Kostetzko
Telefon: (0331) 271 65-0
E-Mail: daniel.kostetzko@uvb-online.de

UVB Bezirksgeschäftsstelle Cottbus/Frankfurt (Oder)

Inselstr. 24
03046 Cottbus
Ansprechpartner: Ralf Möbius
Telefon: (0355) 780 29-0
E-Mail: ralf.moebius@uvb-online.de

Werkarztzentrum der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg e. V.

Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Telefon: (030) 892 80 11
Internet: www.wazb.de
E-Mail: WAZBerlin@t-online.de

Tagungszentrum der Wirtschaft für Berlin und Brandenburg

Hubertusstock 2
16247 Joachimsthal
Ansprechpartner: Bernd Kanzow
Telefon: (0333 63) 505
Internet: www.tagungs-zentrum.de
E-Mail: info@tagungs-zentrum.de

www.uvb-online.de